



Feind in Madrid

Streben nach Selbstbestimmung: Die Bewegung für ein unabhängiges Katalonien gibt sich stark und entschlossen. Ein Überblick zur Historie und zu den verschiedenen politischen Akteuren im Konflikt. Von André Scheer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 23. OKTOBER 2017 · NR. 246 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Abe gewinnt

Parlamentswahlen in Japan: Rechtskonservative verteidigen Mehrheit. Die Linke ist geschwächt

2

Beschäftigte gerüstet

Teilnehmer einer gewerkschaftspolitischen Konferenz warnen vor Attacke auf Arbeitszeitgesetz

3

Deal aufgefliegen

Termin im Prozess gegen Exmitarbeiter von Heckler & Koch wegen illegaler Waffenexporte angesetzt

5

Kapital triumphiert

Tschechien: Milliardär gewinnt Parlamentswahl. Weitere rechte Parteien mit zweistelligem Ergebnis

7



Katalanen trotzen Putsch

Spanische Regierung beschließt Aufhebung der Autonomie. Hunderttausende demonstrieren in Barcelona. Von Mela Theurer, Barcelona

Für die Freiheit der politischen Gefangenen und ihres Landes: Hunderttausende protestierten am Samstag gegen Rajoy

Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy hat am Samstag angekündigt, den Artikel 155 der spanischen Verfassung zu aktivieren, sollte der katalanische Ministerpräsident Carles Puigdemont nicht innerhalb von fünf Tagen Neuwahlen in der Autonomen Gemeinschaft ansetzen. Zu den Maßnahmen, die Rajoy plant, gehören die Absetzung der gesamten katalanischen Regierung, deren Aufgaben vom Kabinett in Madrid übernommen werden sollen. Wirtschaft, Telekommunikation, Rundfunk und Fernsehen, Polizei und Infrastruktur sollen durch die spanischen Behörden kontrolliert werden. Zudem soll es innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen geben. Überdies behält sich Madrid ein Vetorecht gegen alle Beschlüsse des katalanischen Parlaments vor, die Befugnisse von dessen Präsidentin Carme Forcadell werden eingeschränkt. Rajoy behauptete, es gehe darum, »die ver-

fassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen«. Zwar übernehme die spanische Regierung die Amtsgeschäfte in Katalonien, der Autonomiestatus der Region bleibe aber erhalten.

In Katalonien wird der Angriff der Zentralmacht dagegen als Staatsstreich interpretiert. Tatsächlich würde Katalonien, nach den Plänen Rajoy's, künftig von einer Partei regiert, die bei den letzten Regionalwahlen gerade einmal 8,5 Prozent der Stimmen erhalten hat.

Am Samstag abend demonstrieren in Barcelona 450.000 Menschen – so die Angaben der Stadtpolizei – gegen die Repression. Die Großkundgebung richtete sich offiziell gegen die Inhaftierung von zwei führenden Repräsentanten der Unabhängigkeitsbewegung. Tatsächlich wurde sie aber auch zu einem massenhaften Protest gegen den Artikel 155. Viele Demonstranten forderten die Unabhängigkeit und sofortige Ausrufung der Republik.

Für das Inkrafttreten der von Rajoy's Kabinett beschlossenen Maßnahmen ist eine Zustimmung des Senats notwendig, der am Freitag abstimmen soll. Die regierende Volkspartei (PP), die 1976 von Ministern des Franco-Regimes gegründet worden war, verfügt im Oberhaus zwar über die absolute Mehrheit, doch auch die rechtsliberalen Ciudadanos (Bürger) sowie die Sozialdemokraten der PSOE haben ihre Zustimmung signalisiert.

Forcadell erklärte am Samstag, die Aktivierung des Artikels 155 sei de facto ein Staatsstreich und ein Schlag gegen die Demokratie. »Der spanische Staat entzieht 135 gewählten Volksvertretern, die die katalanische Bevölkerung im Parlament repräsentieren, ihre Legitimation. Wir werden die Auflösung eines demokratisch gewählten Parlamentes nicht hinnehmen. Das ist das Ende der Demokratie. Politische Konflikte bedürfen einer politischen

Lösung, nicht der Repression.« Die Abgeordneten sollen am Freitag – und damit praktisch zeitgleich zur Senatssitzung in Madrid – zusammenkommen, um über die Reaktion auf die Maßnahmen der Zentralregierung und über die Verteidigung der Institutionen zu beraten. Dabei könnte auch über eine Unabhängigkeitserklärung abgestimmt werden. Die Abgeordneten der für die Abspaltung eintretenden Parteien hatten eine solche am 10. Oktober bereits unterzeichnet, aber nicht offiziell verabschiedet.

Ministerpräsident Puigdemont sprach in einer offiziellen Erklärung am Samstag vom »schwersten Schlag gegen die Demokratie in Spanien seit der Zeit der Franco-Diktatur«. Madrid habe mit Schweigen und Repression auf die Angebote zum Dialog reagiert. »Heute wurde die Tür endgültig zugeschlagen.«

■ Siehe Seiten 12/13

Trump gibt Akten zu Kennedy-Mord frei



Washington. US-Präsident Donald Trump (Foto) will die lange unter Verschluss gehaltenen Geheimakten zur Ermordung von John F. Kennedy freigeben. Trump kündigte seine Absicht zur Offenlegung am Sonnabend im Kurzbotschaftendienst Twitter an. Die betroffenen rund 3.000 Regierungsdokumente behandeln das Attentat vom 22. November 1963 auf den damaligen Präsidenten. Hinzu kommen Zehntausende weitere Papiere, die bisher nur geschwärzt veröffentlicht wurden. Am Donnerstag läuft eine gesetzliche Geheimhaltungsfrist ausläuft, die Trump nun nicht verlängern will. (AFP/JW)

Zahl der Stromsperrungen weiter hoch

Bonn. Im vergangenen Jahr ist rund 330.000 Haushalten in Deutschland wegen unbezahlter Rechnungen der Strom abgestellt worden. Neben den Sperrungen der Anschlüsse hat es 2016 zudem etwa 6,6 Millionen Sperrandrohungen gegeben. Das geht aus dem Entwurf für den Jahresmonitoringbericht von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt hervor, der am Wochenende der Deutschen Presseagentur vorlag. Die Zahl der Stromabschaltungen im Auftrag örtlicher Grundversorger ist damit im Vergleich zum Vorjahr nur leicht zurückgegangen. Für Betroffene bringen Stromsperrungen hohe Zusatzkosten, denn sie müssen nicht nur die aufgelaufenen Rechnungen, sondern auch die Sperrung und den späteren Wiederanschluss selbst bezahlen: Nach dem Bericht fielen dafür im Schnitt jeweils 35 bis 40 Euro an, wobei einzelne Versorger wesentlich höhere Beträge von jeweils bis zu 200 Euro forderten. (dpa/JW)

■ Siehe Seite 8

Staat soll Air-Berlin-Pleite abfedern

Gespräche über Auffanggesellschaft in mehreren Bundesländern. Boss soll Geld veruntreut haben

Kurz vor dem endgültigen Aus für die Fluggesellschaft Air Berlin hat der für die Insolvenz zuständige Generalbevollmächtigte Frank Kebekus die Forderung nach einer Transfergesellschaft bekräftigt. Sonst müssten Anfang November rund 4.000 Kündigungen ausgesprochen werden, sagte Kebekus der Rheinischen Post (Samstagsausgabe). Die Fluglinie könne die Transfergesellschaft nicht alleine finanzieren. Es gehe darum, »dass die öffentliche Hand den Beitrag bezahlt, den wir nicht leisten können«.

Verantwortliche von Air Berlin hat-

ten vergangene Woche Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) kontaktiert und eine mögliche finanzielle Beteiligung an einer Transfergesellschaft signalisiert. Gespräche zwischen den Bundesländern Berlin, Nordrhein-Westfalen und Bayern laufen bereits.

Kritik an Air-Berlin-Chef Thomas Winkelmann, der sich eine millionenschwere Gage vertraglich hatte zusichern lassen, wies Kebekus zurück. »Diese Diskussion ist an Heuchelei nicht zu überbieten und in höchstem Maße unseriös«, sagte er. Die 4,5 Mil-

lionen Euro, die Winkelmann erhalten soll, würden weder Kunden noch Mitarbeitern entgehen, weil sie »alleine vom früheren Hauptgesellschafter Etihad über eine Bankbürgschaft finanziert« wurden. »Diese scheinheilige Diskussion könnte zu der fatalen Konsequenz führen, dass fähige Manager bei solchen Sanierungsfällen nicht mehr einsteigen.«

Neben dem amtierenden Boss sorgte auch Air-Berlin-Gründer Joachim Hunold Schlagzeilen. Nach Informationen von Bild am Sonntag steht er im Verdacht, Firmengeld veruntreut zu

haben. Anfang 2012 habe der damalige Vorstandsvorsitzende von Air Berlin, Hartmut Mehdorn, die interne Revision damit beauftragt, Abrechnungen seines Vorgängers Hunold zu kontrollieren.

In einer Prüfung der Unternehmensberatungsfirma PricewaterhouseCoopers hätten sich Hinweise bestätigt, »dass Joachim Hunold zu privaten Zwecken pflichtwidrig das Gesellschaftsvermögen schädigte, indem er auf Kosten der Gesellschaft mit Geschäftsreiseflugzeugen zu privaten Zwecken flog«.

■ Siehe Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
www.jungewelt.de/lpg

